



Ricarda Jill Ruland, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn



Christina Simon-Philipp, Professorin für Städtebau und Stadtplanung, Hochschule für Technik Stuttgart



Markus Müller, Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg



Cord Soehlke, Baubürgermeister Tübingen

Symposium Städtebau

In Strukturen denken

Der Städtebau, deklarierte einst der um zugespitzte Polemik nie verlegene Gründungsdirektor des Architekturzentrum Wien, Dietmar Steiner, sei als Disziplin in Wien nicht existent. Ganz unrecht hatte er nicht. Das Feld zwischen Architektur einerseits und Raumplanung andererseits blieb lange unbeackert, ein blinder Fleck. Wie nicht nur die Beispiele Heumarkt, Wien Mitte oder Donauplatz zeigen, kommen Städtebaudiskussionen hier nur selten über das Einzelobjekt hinaus. Der Maßstab 1:10.000 ist zu abstrakt, da beschäftigt man sich doch lieber mit dem Fassadendetail, da lässt sich herrlich streiten. Für viele scheint der Städtebau einfach eine etwas größere Art von Architektur zu sein, die man quasi nebenher erledigt und die man als ausgebildeter Architekt „natürlich eh auch kann“. Die Antwort darauf, dies gleich zu Beginn, lautet: Nein, kann man nicht. Der Städtebau hat eigene und andere Instrumente. Er denkt nicht in Objekten, sondern in Strukturen, Prozessen, Rahmenbedingungen und langfristigen Szenarien.

Die Lücke ist eine schmerzende, denn der Städtebau wird als Brücke zwischen den Disziplinen sowie als Verständigungsebene zwischen Fachleuten, Öffentlichkeit, Verwaltung und Politik dringend gebraucht. Akute Aufgaben wie Zersiedelung, Bodenverbrauch, Mobilitätsformen und Energielandschaften lassen sich nicht auf der Objektebene lösen, sondern nur im großen Maßstab. Von institutioneller Seite tut sich mit dem Beschluss des Österreichischen Raumentwicklungskonzepts „ÖREK 2030 – Raum für Wandel“ im vorigen Oktober auf Bundesebene und dem derzeit in Erarbeitung befindlichen Stadtentwicklungsplan STEP 2035 in Wien auf Landesebene einiges. Wäre also durchaus nicht so schlecht, wenn auch die Planerinnen und Planer sich hier auf breiter Ebene einbrächten. Umso erfreulicher, dass sich im Oktober 2020 auf Initiative von Susan Kraupp ein neuer Städtebau-Ausschuss der Kammer der ZiviltechnikerInnen für Wien, Niederösterreich und Burgenland konstituierte, der diese Dringlichkeit nach innen und außen vermittelt.

2021 begann der Ausschuss mit einer Interviewreihe zum Städtebau in „derPlan“, 2022 wird die Diskussion intensiviert. Nachdem eine zweiteilige Veranstaltungsreihe der IG Architektur im Februar schon aktuelle Städtebau-Praxiserfahrungen in Österreich sondierte, lud der Ausschuss im April zu einem zweiteiligen Symposium in der Aula der Akademie der bildenden Künste mit dem Titel „Wohin geht die Stadt?“, bei dem es um politische Instrumente wie die Implementierung einer Städtebau- bzw. Baukulturförderung und planerische Instrumente wie Schutzzonen und Ortsentwicklungspläne ging. Betrachtet wurde dabei, und das ist von hoher Wichtigkeit, die Stadt, die Peripherie und das Land in gleichem Maße. Denn der zu planende Raum hört ebenso wenig plötzlich an Orts- und Landesgrenzen auf wie die baukulturelle Verpflichtung. Dafür holte man sich an beiden Veranstaltungstagen (Moderation:

Der neue Städtebau-Ausschuss der ZiviltechnikerKammer lud zu einem zweiteiligen Symposium mit Gästen aus Deutschland und der Schweiz. Dabei wurden abstrakte Instrumente wie die Städtebauförderung in allen Facetten konkret auf den Punkt gebracht. Gut so, denn der Städtebau ist die Schlüsseldisziplin der Zukunft.



Maik Novotny

Maik Novotny studierte Architektur in Stuttgart und Delft und schreibt in Wien als Architekturjournalist u. a. für den „Standard“, den „Falter“ und Fachpublikationen. Er ist Mitherausgeber mehrerer Bücher, lehrt an der TU Wien und forschte 2017 in London als Stipendiat des Richard Rogers Fellowship der Harvard Graduate School of Design. Seit 2019 ist er Vorstandsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Architektur (ÖGFA).

Wolfgang Gerlich, Büro PlanSinn) fundiertes Wissen aus dem Ausland nach Wien, namentlich aus Deutschland und der Schweiz.

Instrumente und Resultate

Am ersten Veranstaltungstag, der von den Ausschussmitgliedern Susan Kraupp, Stefan Mayr, Sne Veselinovic und Johannes Zeininger eingeleitet wurde, standen Förderinstrumente im Städtebau im Mittelpunkt, und jede Befürchtung, dies könne ein zu abstraktes und bürokratisches Thema sein, zerstreute sich schnell. Denn auch hier besteht Dringlichkeit, und hier sind die wichtigen Hebel, mit denen sich Veränderung bewerkstelligen lässt. In Österreich führte der vierte Baukulturreport die Städtebauförderung als lohnenden „Import“ aus Deutschland an, deren Einführung 2019 die Landeshauptleuterkonferenz auf Anregung der ÖREK-Partnerschaft „Stärkung der Orts- und Stadtkerne“ beschloss; zudem steht 2022 der Beschluss zur Baukulturförderung an. Auch hier sollte die Architektenschaft sich aktiv und wissend beteiligen.

Bestandsschutz in Ost und West

Ricarda Jill Ruland vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), das dem deutschen Bauministerium zugeordnet ist, blätterte zu Beginn die Entwicklung der Schutzzonen in Deutschland auf. Hier ergab sich die Dringlichkeit nach der Wiedervereinigung durch den desolaten Zustand der wertvollen Bausubstanz in den historischen Stadtkernen der ehemaligen DDR. Hier ging es zuvorderst um Erhalt und Sicherung, um Begleitung der anfangs in der Verwaltung überforderten Kommunen durch eine neu eingerichtete Expertengruppe, agiert wurde dabei bewusst interdisziplinär in Kooperation von Planerinnen und Planern und dem Denkmalschutz.

Das demografische Ausbluten der Innenstädte im Osten Deutschlands führte 2002 dazu, die Erstellung integrierter Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) als Förderbedingung zu etablieren, um Fehlentwicklungen an den ausufernden Ortsrändern zu beheben. Im gleichen Jahr wurde die Initiative Baukultur gegründet, die später in der Bundesstiftung Baukultur aufging. „Hier war das Ziel, mehr über Qualitäten zu sprechen, auch um begreifbar zu machen, was der Wert der gebauten Stadt an sich ist“, so Ruland. Zwischen 1991 und 2019 wurden insgesamt 257 Städte in den neuen Bundesländern um 2,52 Milliarden Euro gefördert. Ab 2009 wurde das Programm des städtebaulichen Denkmalschutzes auf ganz Deutschland ausgeweitet, da hier immer mehr die Siedlungen der Nachkriegsmoderne und postindustrielle Areale zu Sanierungsgebieten wurden. Die Ziele für die Zukunft: Schutzinstrumente für die „besonders erhaltenswerte Bausubstanz“, die nicht denkmalgeschützt ist, implementieren, neue Mobilitätskonzepte, Klimaschutz sowie die ressourcensparende Entwicklung aus dem Bestand.

Städtebauförderung = Baukulturförderung

Christina Simon-Philipp, Professorin für Städtebau an der Hochschule für Technik Stuttgart, resümierte die Geschichte und Entwicklung der Städtebauförderung in Deutschland, die mehrere Phasen durchlief. Diese ist seit 1971 im Baugesetzbuch verankert, der Gründungsimpuls war von der Kritik an Bauwirtschaftsfunktionalismus, Flächensanierung und Funktionstrennung geprägt. Die 1980er Jahre standen im Zeichen der behutsamen Stadterneuerung, in den 1990er Jahren ging es vorrangig um Quartiersentwicklung, die im 21. Jahrhundert ausdifferenziert wurde in integrierte Quartiersentwicklung.

Finanziert wird die Förderung zu je einem Drittel von Bund, Land und Kommunen, mit regionalen Abweichungen. Die thematische Auffächerung von anfangs einem bis zu acht Programmen im Jahr 2019 wurde inzwischen wieder korrigiert, heute gibt es drei Förderprogramme („Lebendige Zentren“, „Sozialer Zusammenhalt“, „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“). Wesentliche Fördervoraussetzung ist eben die Erstellung von integrierten Stadtentwicklungskonzepten, ein Vorbild für die Implementierung in Österreich. Neben der gedrittelten Förderung ist auch die Anstoßwirkung in den Kommunen, so Simon-Philipp, ein Grund für den Erfolg des Programms. Auch einen einprägsamen Slogan für den Zusammenhang von Strukturen und Objekten gab Simon-Philipp der Zuhörerschaft mit: „Städtebauförderung ist immer auch Baukulturförderung.“

Förderung wird Gestalt

Markus Müller vom Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg lieferte aus Insidersicht Erkenntnisse über Vor- und Nachteile des „Verflechtungsföderalismus“ und Hinweise auf die richtige Balance der Schärfe und Unschärfe der Förderkriterien. „Föderalismus ist nicht dazu da, zur Einheitlichkeit zu führen“, lautete sein Merksatz, vielmehr gelte es, die Entscheidungen auf der richtigen Ebene anzusetzen. Seine Erfolgsempfehlungen: keine zu starken Schwankungen in der Förderhöhe und eine Unabhängigkeit der Förderkriterien von zu konkreten inhaltlichen Zielen, da sich die Ideale eines „gelungenen Städtebaus“ immer wieder änderten.

Architekt Matthias Schuster von der Architektenkammer Baden-Württemberg schlug in seinem Vortrag „Wie wird Förderung zur Gestalt“ die Brücke von den Strukturen zu den vielfältigen, teils beeindruckenden Resultaten und ergänzte die schon vorgestellten Instrumentarien um Gestaltungsbeiräte und einen mobilen Beirat für Gemeindeentwicklung, der von kleineren Kommunen in Baden-Württemberg projektbezogen „gebucht“ werden kann.

Cord Soehlke, der um klare Worte nicht verlegene Baubürgermeister von Tübingen, stellte realisierte Projekte und Zielgebiete in seiner Stadt vor, die durch die Städtebauförderung mit ermöglicht wurden, von der Altstadt über ehemalige Industrieareale bis zur Groß-



Christa Reicher, RWTH Aachen University

Barbara Meyer, Stadtplanerin, Schlieren (Kanton Zürich)

Lotte Drevermann, Stadtentwicklung Köln

Fotos: Maik Novotny

siedlung der 1970er Jahre. Sein Fazit: Die Städtebauförderung sei immer ein gutes, handfestes Argument im Gemeinderat, wenn es darum gehe, Überzeugungsarbeit zu leisten, es brauche aber sehr viel Arbeit und Know-how, um die oft komplexen Förderansuchen zu bearbeiten, inzwischen habe sich hier ein regelrechter Markt für externe Berater entwickelt.

Das Feedback der österreichischen Respondenten (Elsa Brunner, BMKÖS; Jens de Buck, Stadtplanung St. Pölten; Christoph Hrnčir, MA 21 B Wien; Franz Kobermaier, MA 19 Wien; Wolfgang Salcher, Bundesdenkmalamt Wien; Hubert Trauner, Stadterneuerung Niederösterreich) blieb angesichts des knappen Zeitrahmens und der komplexen Materie eher fragmentarisch bis freundlich-interessiert.

Auf allen Maßstabsebenen

Der zweite Veranstaltungstag eine Woche später stand unter dem Motto „Konzepte und Modelle zur Stadt- und Ortsentwicklung“, die drei eingeladenen Rednerinnen aus Deutschland und der Schweiz zeigten anschaulich die Bandbreite der Maßstabsebenen von der Region über die suburbane Kleinstadt bis zum städtischen Quartier und die Planungsinstrumente und -horizonte, die für diese Maßstäbe angemessen sind. Um nochmals zu verdeutlichen, dass es dabei nicht ums Einzelobjekt geht, eine kleine Auswahl von Begriffen aus dem strukturellen Glossar des Tages: Zielbildebene, integrierte Raumstrategie, Agglomerationskonzept, Entwicklungskonzept, funktionale Räume.

Christa Reicher von der RWTH Aachen, ehemaliges Mitglied im Wiener Aspern-Beirat, sprach zum Verhältnis von Quartier, Stadt und Region unter dem Titel „Resilienter Städtebau: Warum das Prinzip der atmenden Stadtregion relevant ist“ und eröffnete gleich den kompletten Resonanzraum akuter Dringlichkeiten, in dem sich Planung heute verortet: demografischer und sozialer Wandel, Überalterung, Migration, Fluchtbewegungen, Segregation, Armut, Klimakrise, Energiefrage, Digitalisierung, Globalisierung, verödete Innenstädte. „Die ureigenste Aufgabe der Disziplin Städtebau ist es, Antworten auf diese Fragen zu finden und in räumliche Strategien zu überführen.“

Um angesichts dieser Flut von Aufgaben nicht die Orientierung zu verlieren, kommen die konkreten Maßstabsebenen ins Spiel. Auf regionaler Ebene beispielsweise das Agglomerationskonzept Köln-Bonn, eine integrierte Raumstrategie, die sich als „Anleitung für die Zukunft“ versteht und Vorstellungen für konkrete Punkte auf der Timeline entwickelt – 2038, 2050, 2070. Wichtig sei es, so Christa Reicher, auch bei komplexen Planungen, die sich auf fachlich-politischer Ebene bewegen, Bilder zu erzeugen und die Bürger – zum richtigen Zeitpunkt und auf der richtigen Ebene – zu beteiligen. Dies funktioniert sehr gut auf der Ebene des Quartiers, die angepasste Lösungen und höhere Zielgenauigkeit ermöglichen und Identifikation schaffen. Als Fazit eine Definition: „Der Städtebau ist die Kunst einer inter-

disziplinären Zukunftsgestaltung für mehrere Generationen.“

Stadtwerdung in der Peripherie

Barbara Meyer, seit 2006 Stadtplanerin in der 20.000-Einwohner-Gemeinde Schlieren bei Zürich, vermittelte ein sehr anschauliches Beispiel für qualitätsvolle Verdichtung in Agglomerationsräumen. Die „Agglo“ ist in Zürich – anders als in Wien – ein ständig präsent Thema, hier wird schon lange in funktionalen Räumen gedacht, um diese ausufernde Region in den Griff zu bekommen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Infrastruktur: Die 1990 in Betrieb genommene S-Bahn Zürich erwies sich als ideales Rückgrat für städtebauliche Entwicklung, der kantonale Richtplan 2015 orientierte sich mit seinen „Stadtlandschaften“ genau an diesen Linien. Für die Gemeinde Schlieren wurde die Einführung der interkantonalen Limmattalbahn ein Städtebau-Booster, der auch Gelegenheit bot, das schlechte Image eines Transitortes ohne Mitte, der als „Abfallkübel des Kantons“ galt, zu korrigieren.

Planungsinstrumente begleiteten und bahnten den Weg zur „Stadtwerdung in der Peripherie“. Das Leitbild 2002 setzte die Lebensqualität als Ziel des schnell wachsenden Ortes fest, das Stadtentwicklungskonzept nahm sich vor, das vernachlässigte Zentrum zu einem öffentlichen Raum zu machen, die konkrete Zentrumsplanung schaffte das Wunder, eine sechsspürige Straße im Ortskern zu verlegen und auf zwei Spuren zu reduzieren, und ein neues Stadtentwicklungskonzept 2015 entwickelte schließlich Strategien zur Verdichtung. Sprich: für jede Phase und jeden Maßstab das richtige Instrument. „Man muss steuern, man kann die Investoren in die Zange nehmen, und auch Planungsprozesse muss man planen“, so Meyer, denn: „Es reicht nicht, einfach hinzuschreiben, dass man Qualität anstrebt. Man muss genau sagen, welche Qualitäten man will.“ Eine Schweizer Präzision, die man sich auch für Österreich wünschen würde, wo in Verwaltung und Politik-PR viel vages Vokabular und bunte Broschüren produziert werden, ohne jemals verbindlich zu werden (hier sei am Rande auf das butterweich-poetische Wiener Hochhauskonzept verwiesen).

Königsdisziplin Nutzungsmischung

Zum Abschluss legte Lotte Drevermann von der Stadtentwicklung in Köln den Maßstab im Quartier an und beschrieb strategische und informelle Planungsansätze in der Stadtentwicklung anhand des Max-Becker-Areals, eines gewerblich geprägten, heterogenen Gebiets unter hohem Entwicklungsdruck. Hier beschloss die Stadt Köln das Zielbild für die Kölner Weststadt und bereitete mit einer genauen Analyse des Ortes und einem städtebaulichen Wettbewerb die Grundlagen vor. Die drei Ebenen des Zielbilds: Wohnen und Arbeiten, grünes Netzwerk und Mobilität. Ersteres erweist sich wenig überraschend als aufwendigste Aufgabe, hier müssen Kommune und Planer den Mittelweg

finden zwischen der Verdichtung, der Bewahrung einer informell gewachsenen Struktur, der Einbindung in die Stadt und den Interessen der Developer, die an komplexen Mischungen nur selten interessiert sind.

Die Entwicklung im Bestand dürfte zweifellos zu einer wichtigen Aufgabe in naher Zukunft werden, da sich alle übergeordneten Richtlinien wie der Baukulturreport die Innenentwicklung auf die Fahnen geschrieben haben. Die Nutzungsmischung ist eine der schwierigsten Aufgaben der Quartiersentwicklung, wie man auch in Wien sieht, wo sich der geförderte wie der frei finanzierte Wohnbau nur mit sehr viel Begleitung und Betreuung, wenn überhaupt, zur Integration von Nicht-Wohnnutzungen bewegen lässt. Aus heimischer Sicht reflektiert wurden diese drei durchweg informationssatten Redebeiträge zum Abschluss von Andreas Trisko (MA 18 Wien), Gregor Puschner (wohnfonds_wien), Heidi Pretterhofer (Kuratorium IBA'27 Stuttgart) und Franz Denk (ORTE Architektturnetzwerk Niederösterreich).

Dringlichkeit und Tatendrang

Nicht alles lässt sich eins zu eins übertragen, aber manches lohnt sich zu importieren. Die Unterschiede: Österreich, und vor allem Wien, setzt stark auf informelle und weiche Planungsinstrumente, mit dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan als einzig verbindlichem Werkzeug. Die Gemeinsamkeiten: der Föderalismus mit all seinen Chancen und Hindernissen. Weitere Erkenntnisse: Schöne Worte und Fotos von glücklichen Menschen machen noch keine Stadtplanung. Die Quartiersebene ist die Schlüsselebene, auf der in gesellschaftlicher Breite Stadt verhandelt werden kann, mit der Nutzungsmischung als gordischem Knoten. Die Verkehrs- und Energieinfrastruktur wiederum ist der Schlüssel, um die Stadt-Land-Region als Ganzes in den Griff zu bekommen (und die Geduld für provinzipolitische Befindlichkeiten, die diese Regionswerdung in Wien und Niederösterreich behindern, ist aufgebraucht). Städtebau kommt vor der Architektur, und er hat auch die Aufgabe, ihr Grenzen aufzuerlegen.

Die gute Nachricht: Österreich ist in Bewegung und hat die Dringlichkeit erkannt, es gibt viel zu tun: Für die Planerinnen und Planer geht es um Bewusstseinsbildung, die Formulierung baukultureller Qualitäten und die Mitarbeit an konkreten Förder- und Planungsinstrumenten, bei denen man sich gerne etwas Präzision und Verbindlichkeit von Deutschland und der Schweiz abschauen kann.

—
Maik Novotny

—

—

Für viele scheint der Städtebau einfach eine etwas größere Art von Architektur zu sein, die man quasi nebenher erledigt und die man als ausgebildeter Architekt „natürlich eh auch kann“. Die Antwort darauf lautet: Nein, kann man nicht. Der Städtebau hat eigene und andere Instrumente.